

Thomas Kielinger:

„Die britische Europa-Politik von Winston Churchill bis David Cameron. Ein Beitrag zur Debatte um das EU-Referendum am 23. Juni 2016“

Vortrag vor einer gemeinsamen Veranstaltung der Züricher Handelskammer und des EuropaInstituts der Universität Zürich, 9. 5. 2016

Wir stehen in Europa vor einer zentralen Frage: Gehört die britische Insel zu einer integrierten Europäischen Union oder nicht? Was hat „der segensvolle Fleck, dies Reich, dies England“, wie Shakespeare die Insel in seinem Königsdrama Richard II., beschreibt, für sich, „dies Kleinod, in die Silbersee gefasst“ – was macht seinen Unterschied zum europäischen Kontinent aus? Wie hat es sich in den Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn definiert, was sind seine Beschwerden mit Brüssel? Wohin geht die Reise in unseren prekären Zeiten, mit einem Großbritannien, das auszuscheren droht aus der Europäischen Union? Gibt es ein Muster in der Nachkriegspolitik Englands gegenüber Europa, das uns hätte vorbereiten können auf die mögliche Kalamität des 23. Juni, den Austritt der Briten aus der EU?

Fragen über Fragen. Wir haben jedenfalls einen tief greifenden Paradigmenwechsel in der internationalen Politik vor uns, sollte Großbritannien die Union verlassen. Daher herrscht in großen Teilen des Kontinents noch immer Kopfschütteln, dass die Alternative „in“ oder „out“ sich überhaupt stellt. In Deutschland

etwa gilt Gemeinsamkeit, Vernetzung, Integration, Europa wie ein Glaubensbekenntnis, fast unreflektiert. Dass die EU heute bedrohliche Schwächen zeigt, ist für die Deutschen kein Grund, sich von ihr abzuwenden, denn der Gedanke an ein Leben ohne sie stiftet Alpträume. Von der Vision Europäische Union will man sich einfach nicht verabschieden, trotz aller Mängel, aller Krisen. Die britischen Brexit-Befürworter kommen vielen Europäern auf dem Kontinent wie Narren vor, zurückstrebend zu einer insularen Utopie, zu einer Art „Little England“. Verirrte Nationalisten, deplaziert in der globalen Welt von heute.

Nun, es gibt die Sorge um Little England auch auf der Insel. Nur in diametral umgekehrter Richtung: Die zum Auszug aus der EU Entschlossenen befürchten, gerade der Verbleib im Brüsseler Klub schmälere die Größe ihres Landes, behindere sie mit tausend Regulationen, reduziere sie auf einen nebensächlichen Faktor auf der internationalen Bühne, mit Little England als dem Endresultat. Hat das Land mit seiner maritimen Geschichte nicht eine viel bessere Aussicht im globalen Umfeld, auch wirtschaftlich? Keine Zuversicht heftet sich dagegen an die Zukunft der Europäischen Union. Schon in seiner Bloomberg-Rede vom Januar 2013, in der er das Referendum ankündigte, klagte David Cameron, die EU befinde sich „in einer Krise ihrer ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit“, in Gefahr, „im

Niemandsländ zu landen zwischen den wachsenden Wirtschaften Asiens und der marktgetriebenen Nordamerikas.“

Das hat sich seither nicht gebessert. Die Briten trauen einfach nicht den heutigen Zusicherungen ihres Premierministers über eine reformbereite EU. Reformbereit? Die „Brexiteers“, wie sie sich nennen, zitieren gerne die „Lissaboner Agenda“ vom Europäischen Ratsgipfel in Lissabon, Dezember 2000. Damals beschlossen die Regierungschefs der EU in 59 (sic) Artikeln, „die Europäischen Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“ Schöne Worte. Die Möchte-gern-Union. Macht eine leere Aussage, setzt eine leere Frist, ohne einklagbare Verpflichtung. Dafür durfte Griechenland 2001 dem Euro beitreten. Die Konsequenzen dieser Fehlentscheidung trägt die EU bis heute, die nächste Griechenland-Krise meldet sich bereits an, und was blieb von dem Traum von „besseren Arbeitsplätzen“ und dem „größeren sozialen Zusammenhalt?“ Kein Kommentar.

Und doch setzt Camerons Regierung auf den „fear factor“, die Furcht vor dem Leben außerhalb der EU, von der, das ist wahr, tausende von britischen Arbeitsplätzen abhängen. Auch Barack

Obama stieß vor Kurzem in London ins gleiche Horn, er drohte, das Vereinigten Königreich werde ganz ans Ende der Schlange rücken mit seinem Begehren um einen Handelsvertrag mit den USA – erst komme für Amerika der „große Block“, die EU. Nun, der Amerikaner übersah geflissentlich einen gravierenden Fakt: Weder die EU noch Großbritannien sind mit den USA durch Handelsverträge verbunden, es gibt Handel, aber keine Handelsverträge, die Drohung lief ins Leere. Selbst TTIP, eine Erstaufführung, steht kurz vor dem möglichen Scheitern. Werden die USA oder der Rest der EU nach einem negativen Ausgang des Referendums den Handel mit der Insel einschränken, auf die der Kontinent mehr exportiert als diese auf ihn?

Kurzum: Das ökonomische Argument schreckt die EU-Gegner nicht, sie heben vielmehr auf die britische Geschichte ab, auf die Eigenart des „free-born Englishmen“ und seine Souveränität. Diplomatische, politische Verträge mit Europa wurden geschlossen – und wieder gekündigt, je nach Lage des nationalen Interesses. „Balance of power“ bestimmte die Beziehungen, das heißt die Absicht, zu verhindern, dass sich ein Hegemon auf dem Kontinent etablieren konnte, als Gegenspieler Englands. Das hat der Insel schon früh den Namen des „perfiden Albion“ eingetragen. Am Ende des Spanischen Erbfolgekrieges (1701-1714) ließ London seinen Verbündeten Habsburg fallen und schlug sich auf die französische Seite, auf die Seite von Philipp

von Anjou und dessen Anspruch auf die spanische Krone. Denn Österreichs Erzherzog Karl, den man ursprünglich als Thronerben in Spanien unterstützt hatte, war durch den plötzlichen Tod seines Bruders Leopold I. Kaiser in Wien geworden, und damit eröffnete sich die Möglichkeit einer spanisch-österreichischen Habsburger Großmacht: Dafür hatte England den Krieg nicht geführt.

Perfides Albion. Das dachte man auch in Preußen, als London den Vertrag von Westminster (1756) nicht erneuerte, die Allianz mit Preußen im Siebenjährigen Krieg, weil diese ihren Dienst nach der Niederlage Frankreichs, des großen Gegenspielers, erfüllt hatte. Das Schlagwort vom „perfiden Albion“ sollte schließlich im Ersten Weltkrieg zu einem der beliebtesten Vokabeln der deutschen England-Hasser werden, weil die Insel sich mit dem „barbarischen Russland“ gegen das „zivilisierte Deutschland“ verbündet hatte. Aber auch Vertragstreue kann Weltgeschichte machen: Die britische Beistandsgarantie 1839 für das unabhängig gewordenen Belgien bewog 1914 die Regierung Asquith, nach der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland in den Krieg einzutreten.

Der 23. Juni weckt auf der Insel jedenfalls eine Grundwahrheit: Verträge mit Staaten ohne ein Zurück kennt die britische Geschichte nicht. Schon gar nicht die Übergabe der Souveränität

an eine Institution auf dem Kontinent, die Teilhoheit über Westminster und über englisches Recht beansprucht. Im Jahre 2016 eine dieser Geschichte widersprechende Entscheidung treffen zu sollen und sich unwiderruflich an die EU zu binden ist für viele Briten geradezu eine Einladung, entschieden Nein zu sagen.

Die britische Europa-Politik seit Winston Churchill. Nun, wie könnte man dies Thema erschließen, ohne über über die Quellen zu sprechen, aus denen die britische Psychologie und, ja, auch ihre Beziehungen zu Europa verständlich werden? Ohne das „Gesetz, wonach sie angetreten“, um Goethes Wort abzuwandeln, zu erläutern. Ein weiteren kurzer historischer Ausflug sollte daher der Analyse der britischen Europa-Politik unbedingt vorausgehen.

Am Besten, man beginnt mit der Geographie, dem grundlegenden „fact of life“: Eine Insel ist ein Opt-out vom Kontinent. Das ist die einfache Wahrheit der britischen Geschichte, der britischen Psychologie und auch der britischen Attitüde gegenüber Europa. Eine Insel ist ein Opt-Out vom Kontinent: Sie verbindet sich mit ihrem Gegenüber, wenn sie sich verbindet, nicht aus Liebe, sondern aus kühler Abwägung heraus, und kaum unwiderruflich. Das ist nicht perfide, es ist einfach anders. Großbritannien argumentiert von seiner maritimen Geschichte her, dem Muster seiner Identität. Das Reglement zu

Land ist ein anderes als das zu Wasser, wo flexibles Reagieren auf wechselnde Konditionen gefragt ist. Am Vorabend der Schlacht von Trafalgar, Oktober 1805, gab Lord Nelson unter anderem diese Anweisung an die Kapitäne seiner Flotte:

„Something must be left to chance, nothing is sure in a sea fight” – etwas muss dem unberechenbaren Augenblick überlassen bleiben, nichts ist sicher in einer Seeschlacht. Da ist er wieder, der Opt-Out, als Ermahnung an das Führungspersonal, sich für selbständiges Reagieren bereit zu halten, wenn die Lage es erfordert. Da ist für Irreversibilität, für „Unumkehrbarkeit“ kein Platz. Ich glaube, in dem Moment, in dem Helmut Kohl nach dem Fall der Mauer von der Unumkehrbarkeit der europäischen Einigung sprach, hatte er England als Partner in diesem Prozess schon so gut wie verloren. Robinson auf seiner Insel lebt von offenen Optionen, auch von „trial and error“, von Versuch und Irrtum, einschließlich der Erkenntnis, aus Fehlern lernen und umkehren zu können.

Distanz zum europäischen Kontinent wurde daher schon früh die britische Raison d'être. Nach dem Frieden von Utrecht, 1714, der das Ende des spanischen Erbfolgekrieges besiegelte, diese Jahre von nicht enden wollenden Festlandsunternehmungen gegen Ludwig XIV. von Frankreich, fand England seinem kolonialen Besitz in Kanada und im Mittelmeer beträchtlich erweitert. Daraus zog Lord Bolingbroke, der englische Unterhändler in Utrecht, ein gewichtiges Resümee: „*Seien wir allzeit eingedenk,*

dass wir Nachbarn des Festlandes sind, nicht aber ein Teil von ihm; dass wir Europa zugeordnet sind, nicht aber ihm angehören.“

Diese Worte müssen Winston Churchill noch in den Ohren geklungen haben, als er sich in den 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts an die Biographie seines Vorfahren machte, des Herzogs von Marlborough, der Ludwig XIV. in Europa Paroli geboten hatte. 1930, in seinem Essay in der US-Zeitschrift „Saturday Evening Post“, unter der Überschrift „Die Vereinigten Staaten von Europa“, konnte man meinen, Bolingbroke sprechen zu hören, nur etwas ausführlicher. Churchill: *„Wir stehen zu Europa, gehören aber nicht dazu; wir sind verbunden, aber nicht umfasst; wir sind interessiert und assoziiert, aber nicht absorbiert; wir gehören zu keinem einzelnen Kontinent, sondern zu allen. Im Original: “We are with Europe but not of it. We are linked but not comprised; we are interested and associated, but not absorbed. We belong to no single continent, but to all.“*

Alles haben die Briten vom Meer und auf dem Meer gelernt: Liberalität, Selbständigkeit, Unsystematik, Risikobereitschaft. Und die Abneigung gegen die Gefangennahme der Zukunft durch Entscheidungen, die ein Zurück ausschließen. Auch der britische Stoizismus, die Kaltblütigkeit im Anblick der Gefahr, verdankt sich den Erfahrungen auf dem Meer. Ernst Jünger schrieb einmal,

charakterologisch habe der Engländer dem Deutschen gegenüber „den Vorteil des Phlegmatikers gegenüber dem Sanguiniker und sachlich den des Seemannes gegenüber dem Landmann.

Seefahrendes Volk ist an größere Schwankungen gewöhnt.“

Besser lässt sich die Eigenart der Briten nicht erklären:

Seefahrendes Volk ist an größere Schwankungen gewöhnt. Das heißt: auch an größere Bereitschaft für das Unerhörte – und sei es der Austritt aus der Europäischen Union.

Das ist die Brück zu dem gestellten Thema: Die britischen Europa-Beziehungen seit 1945. Ein Auf und Ab ist zu besichtigen, das einen unwillkürlich an das Nelsons Wort von 1805 erinnert: „Nichts ist sicher in einer Seeschlacht, etwas muss dem unberechenbaren Augenblick überlassen bleiben.“ Auf die Diplomatie übertragen beschreibt dies ein Denken in Opportunitäten, denen man sich einmal öffnet, sich ihnen dann wieder verschließt. Kontinuität ist das nicht, es sei denn die Kontinuität der Skepsis.

Churchill selber ist das erste berühmte Beispiel dafür. In Zürich rief er im September 1946 nach den „Vereinigten Staaten von Europa“, mit Frankreich und Deutschland in deren Kern. Man darf diese Rede durchaus als den Anstoß des späteren europäischen Zusammenschlusses sehen. Aber war sie auch ein britisches Bekenntnis zur eigenen Beteiligung an der Causa

Europa? Eher nicht. Hinter all seinen literarischen Kadenzen war Churchill Realpolitiker, und so nahm er 1946 die Chance wahr, als Vertreter eines siegreichen Landes Europa dabei zu helfen, die Epoche seiner kriegerischen Selbstzerstörung zu überwinden. Das war nicht Altruismus, kein britisches Erweckungserlebnis auf dem Weg nach Europa, sondern tiefes britisches Eigeninteresse. Noch einmal, zum dritten Mal, in den Maelstrom eines europäischen Krieges hineingezogen zu werden?

Ausgeschlossen. Und so rief Churchill mit dem ihm eigenen Pathos in der Aula der Züricher Universität an die Jugend Europas: „Darum sage ich Euch: Lasst Europa auferstehen!“ – let Europe arise. Es war der entscheidende Versuch, Europa in seiner desolaten Lage Selbstvertrauen einzuflößen, die zweite bedeutende Intervention Churchills nach Fulton in Missouri im März des gleichen Jahres, mit seiner Rede über den „Eisernen Vorhang“, seiner Warnung vor der sowjetischen Bedrohung. Bei der Unterhauswahl 1945 hatten die Briten Churchill aus dem Amt gejagt – jetzt wurde er die Personifikation von „global leadership“.

Und mit fliegenden Fahnen ging es mit der Europa-Idee voran, so am 17. Mai 1947 in Londons Royal Albert Hall auf der „United Europe Rally“, dann, mit noch größerer Wirkung, auf dem Kongress der Europa-Union in den Haag am 7. Mai 1948, der Churchill zu seinem Ehrenpräsidenten erkor. Erfreut hörte der

Haager Kongress, was Churchill über die Fusion nationaler Souveränitäten in einem sich enger zusammenschließenden Europa vortrug: „Es ist möglich, darin eine allmähliche Wahrnehmung jener größeren Souveränität zu sehen, unter der die unterschiedlichen Bräuche und Charakteristiken der beteiligten Nationen geschützt würden.“

Erstaunliche Worte. Wir begegnen ihnen erneut, nachdem der Schuman-Plan verkündet worden war, die Keimzelle der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der späteren Montanunion. Zu Hause, im Unterhaus, ergriff Churchill seine Chance als Oppositionsführer und attackierte die Labour-Regierung unter Clement Attlee, die es abgelehnt hatte, sich dem Zug zur europäischen Integration anzuschließen. Dem hält der Ex-Premier entgegen: „Nationale Souveränität ist nicht unantastbar“, sie könnte vermindert werden, wenn ein solcher Schritt Vorteile brächte. So der Europa-Troubadour Winston Churchill anno 1950.

Was man doch alles predigt, wenn man in der Opposition ist – und was man schnell wieder vergisst bei Ankunft an der Macht! So auch Churchill, der, 77jährig, im Oktober 1951 wieder in die Downing Street zurückgekehrt war, aber seinen europäischen Enthusiasmus – nun, sagen wir: verlegt hatte. Er und sein Außenminister Anthony Eden verschlossen sich jeder britischen

Verpflichtung in einem föderalen Europa, weil sie nicht einem „karolingischen Reich“ angehören wollten, das sie rings um die Montanunion sich entwickeln sahen. Die atlantische Option war ihnen allemal wichtiger, in der Nato lag für sie das Geheimnis der europäischen und atlantischen Ordnung geborgen. Während Konrad Adenauers erstem Besuch bei dem neu gewählten Premierminister, im Dezember 1951, entspann sich zwischen beiden folgender Dialog. Churchill zum Bundeskanzler: „Sie können beruhigt sein, Großbritannien wird immer *an der Seite Europas* stehen.“ Darauf Adenauer: „Herr Premierminister, da bin ich ein wenig enttäuscht, England ist *ein Teil Europas*.“

Man sieht: Churchill sprach mehr wie der Taufpate eines geeinten Europa als wie ein Teilnehmer an jener Souveränitätsfusion, die er in der Opposition mehrfach als „möglich“ empfohlen hatte. Sein Europa-Enthusiasmus war inzwischen zur Europa-Skepsis mutiert, in Bezug auf eine tiefere britische europäische Involvierung. Bei Adenauers zweitem Besuch in London, im Mai 1953, zeichnete Churchill auf einer Tischkarte das Bild von dreien sich überschneidenden Kreisen: das britische Empire, die USA und das vereinte Europa. Im Schnittpunkt der Kreise machte er einen Punkt: Großbritannien, Teilnehmer in allen drei Konstellationen – Empire, USA, Europa. Nie würden er oder ein anderer britischer Premierminister, wie sich herausstellen sollte, jemals Englands Beziehungen zu Amerika oder zum

Commonwealth einem supranationalen Europa zuliebe aufgeben. England hatte eine Rolle auch in Europa zu spielen, durchaus, aber eine eher begleitende. Es beharrte auf der freien Hand. Das war britische Realpolitik, ohne jede Europa-Sentimentalität.

Die Kern-Europäer, allen voran Frankreich, hatten ihren britischen Pappenheimer längst durchschaut. Darüber hat uns Churchills letzter Privatsekretär, Anthony Montague Browne, der Churchill von 1952 bis zu dessen Tode diente, in seinem Erinnerungsbuch „Long Sunset“, „Der lange Sonnenuntergang“, eine köstliche Anekdote hinterlassen. Die Einladung an die Briten, sich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl anzuschließen, war London mit nur einer kurzen Bedenkzeit unterbreitet worden, worüber sich Browne seinerzeit in einem Gespräch mit seinem Pendant, dem Privatsekretär des französischen Premierministers, beschwerte. „Wie können Sie eine so schnelle Antwort von einem Land wie Großbritannien erwarten, mit seinen mächtigen Industriegewerkschaften, den Verbindungen zum Commonwealth, etc.?“ Sein französischer Gesprächspartner lächelte mitleidvoll: „Mein lieber Kollege, was um alles in der Welt lässt Sie glauben, wir wollen England dabei haben? Ihr würdet doch nur alles verlangsamen, und die Initiative ginge in endlosen Kommissionen und parlamentarischen Debatten verloren“. Ein weitsichtiger Kommentar, der den Verdacht vorwegnahm, den die Europäer später dem britischen

Partner routinemäßig vorwerfen würden: Dass er an einem vertieften Europa garnicht interessiert sei, sondern alles unternehme, den Prozess der Integration zu verlangsamen, wenn nicht zu behindern.

Ich bin Montague Browne und seinen Memoiren noch aus einem anderen Grunde dankbar. Er beschreibt, was in den Jahren der Attlee-Regierung, 1945-1951, im Foreign Office das Stichwort war gegenüber den europäischen Einigungsversuchen: „Embrace destructively“ – umarmt sie, aber destruktiv. Das war keine Euroskepsis, sondern Ausdruck imperialer Arroganz, die sich an der Seite Amerikas großmächtig fühlte und auf Europa herabsah als das Aschenputtel der Macht, dem man sich lieber in den Weg stellen wollte als sich ihm anzuschließen. Ein Kabinettsmitglied der Regierung Clement Attlee sagte es weniger zynisch: „Das Problem mit der Teilung von Macht in Europa besteht für Großbritannien darin, dass wir uns nicht leicht zurückziehen könnten, falls uns die Folgen dieses Schrittes gegen den Strich gingen.“ Die heutige Frage! Also blieb man draußen und nahm sich vor: „Embrace destructively“ – umarmt sie destruktiv.

Ein gewisser Con O’Neill, in den 50er Jahren an der britischen Botschaft in Bonn tätig, fand in seinen Erinnerungen die unpolemische Erklärung: „Dass es eine Behörde wie die Montanunion geben könne mit Hoheit über Entscheidungen

nationalen Regierungen, war etwas, das wir einfach für grotesk und absurd hielten“ – auch wenn Churchill in der Opposition, wie wir sahen, ganz anders über die „Fusion nationaler Souveränitäten“ sprechen konnte.

Die weiteren Etappen der britischen Ablehnung der europäischen Integration entbehren im Rückblick nicht einer gewissen Kuriosität. Zwei Wochen vor Messina in Sizilien, 1955, wo die Außenminister der sechs Gründungsstaaten des Gemeinsamen Marktes ihr historisches Treffen abhalten würden, das 1957 zu den Römischen Verträgen führen sollte, überbrachte Belgiens Außenminister Paul-Henri Spaak in London höchstpersönlich den Entwurf dazu, verbunden mit der Einladung zum Beitritt, erhielt aber vom Foreign Office diese Abfuhr: „Es kann natürlich keine Frage sein, dass wir uns jemals einer supranationalen Organisation anschließen werden.“ Ein Beamter namens Russel Bretherton, den Whitehall dann wenigstens aus Höflichkeit zu den Besprechungen über die Römischen Verträge abgestellt hatte, belehrte seine europäischen Kollegen: „Gentlemen, ihr versucht hier etwas auszuhandeln, das ihr nie auszuhandeln imstande sein werdet; und wenn doch, wird es niemals ratifiziert. Aber wenn es ratifiziert werden sollte, wird es nie funktionieren.“

Da war sie wieder, diese tiefsitzende Arroganz der britischen politischen Elite gegenüber den europäischen Nachbarn. In

Messina anno 1955 sahen die Briten keineswegs ein historisches Datum. Neben der Politik war auch die heimische Presse nicht bei den Beratungen der Sechs in Sizilien anwesend. Weitaus fesselnder schien damals der Prozess vor dem Schwurgericht Old Bailey gegen zwei Brüder, die unglücklicherweise auch Messina hießen; sie waren wegen Zuhälterei und Drogenhandel angeklagt. Finanzminister Butler ließ im Unterhaus herablassend wissen, er habe da etwas „von irgendwelchen archäologischen Ausgrabungen in einer alten sizilischen Stadt gehört“, an denen Großbritannien sich aber nicht beteiligt habe. Im September des gleichen Jahres, 1955, wurde Harold Macmillan, damals Außenminister, zu einem Treffen seiner europäischen Kollegen ins holländische Nordwijk eingeladen, doch ließ er durch seine Mitarbeiter wissen: „Sagt ihnen, ich sei gerade mit Zypern beschäftigt.“ Was ist eine Zusammenkunft europäischer „Archäologen“ gegenüber einer brennenden Frage des Commonwealth!

Ein Kabinettpapier des gleichen Jahres, 1955, hielt sogar fest, es sei „im englischen Interesse, dass der Gemeinsame Markt zusammenbricht.“ Wie gut für England, dass er das nicht tat, denn dreißig Jahre später war für Margaret Thatcher der Europäische Binnenmarkt von allerhöchstem britischem Interesse. Der Binnenmarkt war geradezu Thatchers Lieblingsidee, sie hatte ihn energisch vorangebracht, und die

britischen Unternehmer sahen in ihm ein lukratives Absatzgebiet für ihre neu erholte Wirtschaft.

An dieser Stelle ist ein Blick auf Konrad Adenauer nützlich, der sich redlich um die britische Insel und ihre europäische Einbettung bemühte. Dabei spürte der erste Bundeskanzler, dass für Londons überseeische Verpflichtungen die Beziehungen zu Europa nur nachgeordnet waren. Auf einer Sitzung des CDU-Parteivorstandes Anfang 1950 klagt er: „Großbritannien legt sich quer gegenüber allen Bestrebungen zur Integration Europas. England fühlt sich mehr als ein Nachbar Europas denn als europäische Nation“. Auch das erwähnte Treffen mit Churchill, 1951, verstärkte diesen seinen Eindruck. Aber Europa ohne britischen Input, wie wir das heute ausdrücken würden? Undenkbar. Auf dem Höhepunkt der Diskussionen in den frühen 50er Jahren um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die EVG, gab der Kanzler im März 1953, erneut vor dem Bundesvorstand seiner Partei, dieses Bekenntnis zum Besten: „Es ist mir sehr lieb, wenn Großbritannien in der zukünftigen EVG einen gewissen Einfluss hat, damit wir mit den mehr oder weniger hysterischen Franzosen nicht allein sind.“ Adenauer, 1953 – „damit wir mit den mehr oder weniger hysterischen Franzosen nicht allein sind.“ Solche Offenheit könnte sich heute kein Politiker, unter der Dauerpräsenz von Facebook und Twitter, mehr leisten. Doch Adenauers Urteil über England verdunkelte

sich wieder, bis er auf einem Treffen der Jugendorganisation seiner Partei in Konstanz im Jahr 1958 feststellte: „Meine Damen und Herren, ich kann es nur wiederholen, Großbritannien ist kein europäisches Land.“

Kein europäisches Land? Wer wollte daran zweifeln, dass Großbritannien in Europa liegt? Adenauers Diktum, England sei für ihn „kein europäisches Land“, traf nur in einer Hinsicht zu: dass die Insel für supranationale Integration, die als neue Idee auf dem Tisch lag, in ihrer Geschichte kein Präzedenz fand und die wiederholten Einladungen, sich anzuschließen, daher zunächst ausschlug. Vergessen darf man auch nicht, dass die Insel 1945 mit ihrer Nationalgeschichte im Reinen war, anders als die Deutschen, die von der ihren schier davon laufen wollten, oder Länder wie Italien oder Frankreich, die beschädigt aus dem Krieg hervorgegangen waren. Dank seiner weitgehend intakten Nationalgeschichte fühlte England sich in seiner Singularität bestätigt. Warum diese gegen ein übernationales Konzept austauschen?

Im August 1961 war es dann aber doch so weit: Premierminister Harold Macmillan stellte den Antrag auf Aufnahme in die Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die EWG, wie sie damals noch hieß. Harte Debatten folgten. Auf dem Parteitag im Oktober 1962 donnerte der Chef der Labour Partei, Hugh Gaitskell, ein

Beitritt Großbritanniens zur EWG bedeute „das Ende von tausend Jahren britischer Geschichte.“ Auch hatte Großbritannien schon 1960 die EFTA mitgegründet, als Gegengewicht zur EWG, eine Freihandelszone ohne bürokratischen Überbau und integrative Ambitionen.

Aber meinte die Insel es mit ihrem Beitritts-gesuch überhaupt ernst? War sie zu einem glaubwürdigen Partner des Kontinents gereift? Frankreichs Staatschef de Gaulle war skeptisch. Als Macmillan ihm im November 1962 in Rambouillet auch noch von dem bevorstehenden Treffen mit Kennedy auf den Bahamas berichtete, wo den Briten neue amerikanische Atom-Raketen vom Typ Polaris zugesichert werden würden, war für de Gaulle das Fass voll: dem Besucher teilte er seine beabsichtigte Ablehnung des britischen Beitritts-gesuchs mit. Macmillan muss den Tränen nahe gewesen sein; jedenfalls berichtete der Präsident anschließend dem Kabinett, er habe dem Briten tröstlich zugesprochen: „Ne pleurez pas, Milord.“

Auf der Pressekonferenz am Morgen des 4. Januar 1963 blieb de Gaulle höflich, aber mit einem leisen Ton grandseigneuraler Herablassung, die das Nein nur noch bitterer machte: „Großbritannien ist ein insulares, ein maritimes Land. Die Natur, die Struktur und die Konjunktur, die Großbritannien eigen sind, unterscheiden sich zutiefst von denen der Länder auf dem

Kontinent.“ Im Mai 1967 kam das zweite Nein aus Paris, diesmal nach der neuerlichen, von Premierminister Wilson eingereichten Neubewerbung. Erneut befließigte sich de Gaulle in der Begründung eines leicht herablassenden, fast aufreizenden Soupçons: „Bis das große und großartig begabte englische Volk die tief greifende wirtschaftliche und politische Umwandlung vollzogen hat, die es ihm gestatten wird, der EWG beizutreten, muss noch gewartet werden.“ Der tiefere Grund von de Gaulles Ablehnung hieß Washington – die vermutete Dominanz der USA in Europa. In Großbritannien sah der Franzose das trojanische Pferd der Amerikaner, und das konnte er nur ablehnen.

De Gaulle lebte aus alten Bildern. Darunter auch jenes, über das man später in seinen Memoiren nachlesen konnte. Es beschreibt darin eine Übereinkunft, die er 1940 in seinem Londoner Exil mit Churchill glaubte erzielt zu haben. Der Gründer der Fünften Republik schreibt: „Churchill und ich einigten uns bescheiden darauf, dass wir aus den Vorfällen, die das Abendland zum Einsturz gebracht hatten, folgende zwar banale, aber endgültige Schlüsse ziehen wollten: England ist letzten Endes eine Insel, Frankreich das Kap eines Kontinents und Amerika eine ganz andere Welt.“ Conclusio: Das angelsächsische Element ist ein Fremdling in Europa. Frankreich jedenfalls sang von einer anderen Partitur.

Mit Premierminister Edward Heath, der 1970 in die Downing Street einzog, trat die Wende ein. Die Insel kam wirtschaftlich in den 70er Jahren weiter ins Rutschen, alle Welt sprach damals vom „kranken Mann an der Themse“, dem Land schien die Aufnahme in den Gemeinsamen Markt wie eine Rettung. Eine dritte Ablehnung der Bewerbung kamen für George Pompidou und Willy Brandt und die übrigen Tonangeber Europas nicht mehr in Frage. Doch die Insel war ein Spätling mit ihrem Beitragsgesuch, sie hatte die Genese der europäischen Solidarität, auch die Erfahrung des ersten Booms der EWG, verpasst und trat mit der typischen Hoffnung des zu spät auf den Zug Springenden dem Club bei, ohne Besinnung auf den Kernsatz aus den Römischen Verträgen, die „immer engere Union zwischen den Völkern Europas“. Auch Premierminister Heath sprach nicht von diesem Endziel, er wollte wohlweislich seine Landsleute nicht verschrecken, stellte Free Trade und Marktvorteile in den Vordergrund.

Erst allmählich dämmerte es den britischen Wählern, worauf sie sich da eingelassen hatten, worauf das europäische Projekt hinauslief. Der Wunsch Londons, von der Verpflichtung auf die „immer engere Union“ entbunden zu werden, wurde seitdem immer stärker; doch erst unter dem drohenden Nein im EU-Referendum am 23. Juni gab Brüssel dem Drängen David

Camerons nach und konzidierte im Februar dieses Jahres das britische Opt-Out von der „immer engeren Union“.

Kein Zweifel: Der EWG-Beitritt 1973, in dem Referendum zwei Jahre später in einem Stimmverhältnis von 2:1 bestätigt, war im Grunde nur eine Zweckehe, gedacht, um die marode Wirtschaft auf Vordermann zu bringen. Aber statt ein engeres Gefühl für die europäische Zusammengehörigkeit zu stiften, kristallisierte sich danach in der EWG, die ja noch immer „der Gemeinsame Markt“ hieß, „Common Market“, der Widerspruch zwischen Vertiefung und Erweiterung heraus, zwischen Vergemeinschaftung und Souveränität, zwischen der immer engeren Union und dem zunehmend entfremdeten Großbritannien.

Viel dazu hat Margaret Thatcher beigetragen. Mit der Eisernen Lady – ein Ausdruck, den übrigens die Sowjets prägten – begann eine neue Zeitrechnung in den Beziehungen Großbritanniens zu den europäischen Nachbarn. Thatcher galt in ihrer Zeit als Großmacht sui generis, nur in wenigen Generationen tauchen Begabungen von solcher Durchsetzungskraft auf. „Wir haben aufgehört, eine Nation auf dem Rückzug zu sein“, verkündete sie nach dem Falkland-Sieg über die argentinische Junta stolz. Das war der Hintergrund, der ihr erlaubte, auch in Europa so aufzutreten, wie sie es tat. „Nicht mehr auf dem Rückzug“ – das enthüllte zugleich schlagartig, wie die Elite Londons das Europa-

Thema inzwischen einschätzte: als eine Zumutung, die Großbritannien in eine Richtung stieß, die es eigentlich nicht einschlagen wollte. Als der Präsident der europäischen Kommission Jacques Delors 1988 unvorsichtigerweise mutmaßte, 80 Prozent der Entscheidungen in Brüssel würden bald für die nationalen Parlamente Europas richtungsweisend werden, fuhr ihm Margaret Thatcher mit einer kämpferischen Rede vor dem Europa-Kolleg in Brügge in die Parade: „Wir haben zu Hause den Staat nicht erfolgreich in seine Grenzen gewiesen, nur um ihn auf europäischer Ebene wieder eingesetzt zu sehen, mit einem Superstaat, der von Brüssel aus neue Dominanz ausübt.“ Balance of power – eine Kampfansage an den Brüsseler Hegemon.

Auch wenn Frau Thatcher über ihre eigene Starrköpfigkeit und die Härte ihres Auftretens gegenüber den Europäern stürzte, zumal über ihren Widerstand gegen die deutsche Neuvereinigung, so gehört doch seit ihrer Zeit Euroskepsis in Großbritannien zum guten Ton. John Major, Thatchers Nachfolger, wollte sein Land zwar nach eigenen Worten „im Herzen Europas“ verankern, verlor aber über Europa 1997 sein Amt. Eine wachsende Zahl von Rebellen in seiner Partei hatte ihn über den Maastricht-Vertrag von 1993 in Schwierigkeiten gebracht, bis seine hachdünne Mehrheit im Parlament bei einer Nachwahl nach der anderen dahinschmolz. Dabei hatte Major in

Maastricht wichtige Opt-outs für London durchgesetzt, darunter am Weitreichendsten das Opt-Out von der gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro.

Tony Blair, der immer so EU-freundlich auftrat, war ein Chamäleon in Gestalt eines Premierministers. Im Februar 2006 hielt er im St. Antony's College in Oxford ein Grundsatz-Referat über England und Europa und machte dabei aus der bekannten Formulierung der „immer engeren Union zwischen den Völkern Europas“ eine „immer engere Union zwischen frei kooperierenden souveränen Regierungen.“ Fast gleich lautend hatte es Margaret Thatcher, die viel gelästerte, in ihrer Rede in Brügge gesagt. Man sieht: das intragouvernementale Prinzip triumphierte auch bei Blair über die Idee einer konstitutionellen Vertiefung der EU. Euroskepsis – die britische Kontinuität, der britische Eigenwille.

Wir sind in der Gegenwart angekommen. Europa ist die britische Gretchenfrage schlechthin, seit langem schon, wie die Tour d' horizon der britisch-europäischen Beziehungen gezeigt hat. Aber sie spitzt sich im Schatten des Referendums zu. Man denkt unwillkürlich an Samuel Johnson und sein berühmtes Diktum: „Wie wunderbar es den Verstand konzentriert, wenn der Tag der Hinrichtung naht.“ Den beiden Lagern, die über die Frage der britischen Beziehungen zur EU streiten, die „In-“ und die „Out“-

Kampagnen, haben bisher noch keinen durchschlagenden Erfolg mit ihrer Version der vermeintlichen Folgen erzielt und eine Mehrzahl der Bürger von ihrem jeweiligen Standpunkt überzeugen können. Die Meinungsumfragen spiegeln entsprechend eine Stimmungslage wie auf des Messers Schneide wider. Das hat auch damit zu tun, dass keine Seite beweisen kann, welche ökonomischen Folgen das jeweilige Resultat haben werde. Man tauscht eigentlich nur Angstszenarien aus, wie es auch der eingangs erwähnte Barack Obama in London tat. Dabei dominieren die Argumente gegen ein britisches Verlassen der Union, alle Welt warnt die Briten vor den desaströsen Folgen eines Brexit. Ich muss das hier nicht aufzählen, Tag für Tag meldet sich eine weitere prominente Stimme im Chor der Warner. David Cameron malte sogar die Alternative Krieg oder Frieden an die Wand, mit dem deutlichen Unterton, ein britisches Verlassen der EU setze den europäischen Frieden aufs Spiel.

Aber auch das Brexit-Lager argumentiert mit der Angst: Die Europäische Union sei ein scheiterndes Projekt, dem man nur zum eigenen Schaden verpflichtet bleiben könne. In der Tat ist die EU insgesamt der schwächste Wachstumsraum unter den Ländern mit kapitalistischem Credo auf der Welt. Das Korsett der gemeinsamen Währung hat zur Dauerausterität in etlichen Ländern geführt, mit hoher Arbeitslosigkeit, zumal unter Jugendlichen, und kann schon bald ein Land wie Griechenland in

den Abgrund führen. Aber selbst Frankreich scheint nicht voranzukommen, leidet unter strukturellem Reformstau, siehe die Rücknahme der moderaten Arbeitsmarktreform, zu der sich die Regierung Valls unter dem Druck ihrer Gegner gezwungen sah. Die Flüchtlingskrise hat obendrein einen unvorbereiteten Kontinent getroffen, der mit diesem Problem fast so etwas wie eine Sollbruchstelle erreicht hat. Das Schengen-Prinzip, die Grenzoffenheit im EU-Raum, ist dabei, sich ad absurdum zu führen. Unfriede also regiere schon heute in Europa – macht ein solcher Partner Appetit auf Neuvermählung? Hört man die Brexiteers über den möglichen Auszug reden, klingt es fast so, als wollten sie sagen: Das Schiff verlässt die sinkenden Ratten. . .

Entscheidend wird die Migrationsfrage werden, das Prinzip der Freizügigkeit der Bewegung für alle Bürger der EU. Dies Recht will das Vereinigte Königreich einschränken, will freie Hand zurückgewinnen, den Grad der Einwanderung aus EU-Staaten zu kontrollieren. Die Konzession, die Cameron im Februar dieses Jahres aus Brüssel mitgebracht hat, neu aus der EU Eingewanderten für vier Jahre das Anrecht auf Sozialhilfe nur sukzessiv zu billigen, ist für viele Briten viel zu bescheiden ausgefallen. Denn der Migrationsdruck, die Folge des attraktiven britischen Arbeitsmarktes, macht der Insel seit Jahren zunehmend zu schaffen. Erneut sind auch im letzten Jahr mehr als 300 000 Menschen nach England geströmt, die Hälfte davon aus den

osteuropäischen EU-Staaten. Gewiss, viele davon werden nach einer Übergangszeit Steuerzahler, und im Übrigen füllen sie Vakanzen bei Dienstleistungen, auch im Handwerk, die von den heimischen Arbeitskräften nicht mehr erbracht werden. Aber das sagt nichts über die großen Lasten, welche dieser Grad von Einwanderung der Infrastruktur – Schulen, Gesundheitsdienst, Wohnungsmarkt, Transport – aufbürdet.

Die Briten haben gegenüber den EU-Europäern, die da auf ihre Insel strömen, keine Handhabe, sie sind kraft der Verträge gebunden, diese Freizügigkeit zu respektieren. Das ist eine Herausforderung, die sich praktisch nur durch „vote Leave“ bewältigen ließe, durch das Verlassen der EU. Was die Menschen dennoch davor zurückschrecken lassen könnte, ist die Furcht vor der größeren Ungewissheit des Lebens nach einem möglichen Brexit. Natürlich ist niemand glücklich mit Brüssel und seinen bürokratischen Zumutungen, auch nicht mit dem Europäischen Gerichtshof, der in zu vielen Fälle englisches Recht überlagert und damit britische Souveränität beeinträchtigt.

Aber hat nicht schon Hamlet in seinem berühmten Monolog „Sein oder Nichtsein“ das Zurückprallen vor dem Schritt ins Unbekannte unübertrefflich zum Ausdruck gebracht?

*Nur dass die Furcht vor etwas nach dem Tod,
Das unentdeckte Land, von des Bezirk
Kein Wanderer wiederkehrt, den Willen irrt,
Dass wir die Übel, die wir haben, lieber
Ertragen als zu unbekanntem fliehn.*

Mit einem geflügelten englischen Wort gesagt: Der Teufel, den ich kenne, ist mir lieber als der Teufel, den ich nicht kenne. Auffallend ist, dass sich die zum Austritt Entschlossenen wenig Gedanken zu machen scheinen über die Folgen für die EU, wenn sie austreten würden. Auch die Schottland-Frage lastet nicht auf der Debatte, die Möglichkeit eines Auseinanderbrechens des Vereinigten Königreichs. Es gilt die Devise: *Tua res agitur*, es geht um nur deine Sache. Man muss freilich fragen, ob das Souveränitätsargument, die „patriotische Erneuerung“, die sich Justizminister Michael Gove vom Brexit verspricht, noch genügend Zugkraft hat in der britischen Massengesellschaft von heute, um den Status quo auszuhebeln, das Festhalten an den Beziehungen zur EU, wie sie sich entwickelt haben, vor allem wirtschaftlich.

Anders formuliert: Was zieht mehr – *business as usual* oder der „free-born Englishman“, die Rückbesinnung auf die Eigenart der britischen Geschichte, der Opt-Out vom Kontinent? Wie gesagt, eine Gretchenfrage – die britische Gretchenfrage schlechthin.